

Bundestagskandidaten und Einwanderungspolitik

Eine Analyse zentraler Policy-Aspekte*

Kurzfassung

Politiker, die sich um ein Mandat im Deutschen Bundestag bewerben, sollten Lösungsangebote für gegenwärtige und künftige Herausforderungen der Gesellschaft anbieten. Zu den Themen, die in absehbarer Zukunft größere Bedeutung erlangen werden, gehören einerseits Regelungen der Einwanderung aus ökonomischen und demografischen Gründen, andererseits Vorstellungen über das Zusammenleben in einer zunehmend multiethnischen Gesellschaft. Die meisten Bundestagskandidaten des Jahres 2005 sind Einwanderungsregelungen gegenüber aufgeschlossen, wünschen sich aber einen gewissen Grad an kultureller Assimilation. Neben der ideologischen Grundorientierung, die sich zu einem Teil bereits durch die Parteizugehörigkeit ergibt, sind Einstellungen zu Globalisierung und Gleichstellung für die Erklärung unterschiedlicher Haltungen zu Einwanderungsregelungen und der Forderung nach kultureller Anpassung von Bedeutung. Darüber hinaus unterscheiden sich die Haltungen signifikant nach Alter, Bildungsgrad, Kirchgangshäufigkeit und Wohnort. Individuelle, soziale und kontextuelle Faktoren beeinflussen demnach die Haltungen der Politiker. Schließlich spielt die Wahrnehmung von Problemen, die einen Bezug zu Einwanderung und Assimilation haben, für die Positionierung der Kandidaten eine ergänzende Rolle. Im Vergleich zu älteren Kandidaten zeigen sich die Jüngeren in FDP, Grünen und Linkspartei aufgeschlossener gegenüber Einwanderung und kultureller Vielfalt. Bei den Volksparteien bewegt sich vergleichsweise wenig.

* Ein Fellowship der VolkswagenStiftung ermöglichte die Arbeit an diesem Beitrag. Für wertvolle Hinweise möchte ich mich bei Hermann Schmitt, Markus Tausendpfund, den Mitgliedern des DVPW-Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“ sowie den beiden anonymen Gutachtern der ZPol bedanken. Ohne die tatkräftige Unterstützung von Maike Salzwedel, Sabrina Zuber und Johannes Clos lägen die hier analysierten Daten nicht vor. Dominic Heinz danke ich für unterstützende Arbeiten während der Abfassung.

Inhalt

1. Einleitung	78
2. Die zentralen Themenbereiche von Einwanderungspolitik: Zuzug und Integration	80
a) Zuzug	81
b) Integration	83
3. Einwanderung und kulturelle Assimilation aus Sicht der Kandidaten zum 16. Deutschen Bundestag	84
4. Ergebnisse für sämtliche Kandidaten	88
5. Ergebnisse nach Parteizugehörigkeit	96
6. Schlussbetrachtung	98

1. Einleitung

Im Rahmen des Mikrozensus 2005 hat das Statistische Bundesamt erstmals Daten zum „Migrationshintergrund“ der Bevölkerung in Deutschland erhoben. Vorher gab es von offizieller Seite stets nur eine Differenzierung der Bevölkerung in deutsche und ausländische Staatsbürger¹, die impliziert, dass es sich um zwei verschiedene und sich gegenseitig ausschließende Gruppen handelt. Dass dem nicht so ist, zeigt die erste umfassende Analyse der Daten des Mikrozensus 2005 eindrucksvoll (Statistisches Bundesamt 2007). Viele deutsche Staatsbürger, die als Aussiedler oder Spätaussiedler nach Deutschland gekommen sind, besitzen einen eigenen Migrationshintergrund, während viele ausländische Staatsbürger, die hier als „inländische Ausländer“ (Bielefeld 1988) geboren wurden, selbst nie Migranten waren. Die Erfassung des Migrationshintergrunds kommt daher einer sehr späten, administrativen Anerkennung der Tatsache gleich, dass Deutschland seit der ersten Rekrutierung ausländischer Arbeitnehmer Mitte der 50er-Jahre zu einem Einwanderungsland geworden ist (Meier-Braun 1980, 2002).

Die Anerkennung der Tatsache, Einwanderungsland zu sein, mündete bereits mit dem Regierungsantritt von Rot-Grün in Einbürgerungserleichterungen (1999), und seitdem steht, auch unter der Großen Koalition, die bessere Integration von Personen mit Migrationshintergrund weit oben auf

1 Hier und nachfolgend wird aus Gründen der Vereinfachung und besseren Lesbarkeit auf die weibliche Form verzichtet. Gemeint sind aber jeweils auch Staatsbürgerinnen, Politikerinnen, Kandidatinnen usw.

der politischen Agenda (Schönwälder 2006). Unter den im Bundestag vertretenen Parteien ist inzwischen unstrittig, dass die strukturelle Assimilation (v. a. Sprache und Bildung; Esser 1980: 221) von Personen mit Migrationshintergrund gefördert werden sollte, um möglichen Integrationsdefiziten frühzeitig entgegen zu wirken (Bommes 2006). Demgegenüber sind die Haltungen der politischen Parteien zur Anerkennung kultureller Differenz nach wie vor kontrovers (Green 2005). Und bis heute konnten sich die Parteien nicht auf ein Gesetz einigen, das Einwanderung grundsätzlich ermöglicht. Das Zuwanderungsgesetz des Jahres 2004 regelt primär den Aufenthalt ausländischer Staatsbürger und es ist nur eine halbherzige Einladung an Hochqualifizierte, in Deutschland zu arbeiten und sich hier dauerhaft niederzulassen.

Es ist demnach sehr wahrscheinlich, dass der Themenkomplex Migration Teil der politischen Agenda in Deutschland bleiben wird. Folglich werden sich die Parlamente und die Abgeordneten weiterhin mit Migrationsfragen beschäftigen (müssen). Doch welche inhaltlichen Impulse und politischen Entscheidungen können von ihnen erwartet werden? Wie werden Sie Ihrer Rolle als Repräsentanten gerecht? Politische Repräsentation bedeutet, im Interesse der Bürger zu handeln (Pitkin 1967: 209). Im Rahmen des Repräsentationsprozesses sollen Repräsentanten einerseits den Wählern gegenüber responsiv sein, d. h. deren Anliegen wahrnehmen und Probleme lösen. Dies geschieht primär durch ihre Rolle als Delegierte, die für ein bestimmtes Programmpaket und die dazugehörigen Lösungsvorschläge gewählt werden und diese Programminhalte umsetzen sollen (Mansbridge 2003: 516). Andererseits sind Abgeordnete mehr als nur der verlängerte Arm der Wähler. Es sind sie und nicht die Wähler, die sich unabhängig eine Meinung bilden und entsprechend handeln sollen (Pitkin 1967: 210). Repräsentanten fungieren damit auch als Treuhänder, die zukunftsrelevante Themen rechtzeitig aufgreifen und die Bürger von notwendigen politischen Maßnahmen überzeugen sollen (Pitkin 1967: 163; Patzelt 1993: 29). Diese Form der politischen Repräsentation gleicht dann eher einer keinesfalls unüblichen „Repräsentation von oben“ (Esaiasson/Holmberg 1996) als einer Graswurzeldemokratie. Dabei wird klar, dass die gleichzeitige Wahrnehmung der Delegierten- und Treuhänderrolle immer wieder Konflikte mit sich bringt (Weßels 1991: 327). Und Politiker gefährden ihre Wiederwahl, wenn sie wiederholt genau das tun, was ihre Wähler nicht wollen. Hanna Pitkin (1967: 211) argumentiert jedoch in Anlehnung an Edmund Burke, dass Abgeordnete sehr wohl im wohlverstandenen Interesse der Bürger handeln können und sollten, auch wenn deren momentane, durchaus auch artikulierten Wünsche im Widerspruch zu deren eigentlichen Interessen stehen.

Der Themenkomplex Migration hat in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik wiederholt das skizzierte Konfliktpotenzial offenbart, sei es beim von der Bevölkerung fast schon erzwungenen Asylkompromiss oder bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts „von oben“ (Wüst 1993; Vogel/Wüst 2003). Und es ist wahrscheinlich, dass der Themenbereich nach wie vor Konfliktpotenzial birgt. Der demografische Wandel und die Nachfrage der Wirtschaft nach jungen, hochqualifizierten Arbeitskräften werden dazu beitragen, dass Deutschland in den kommenden Jahren (wieder) mehr Migranten benötigen wird als heute (OECD 2007: 30-33). Zum anderen wird in einer zunehmend multiethnischen Gesellschaft, die darüber hinaus ein integraler Bestandteil der globalen Wirtschaft ist, eine „Eindeutschung“ bzw. kulturelle Assimilation von Migranten weder wünschenswert noch realisierbar sein (Oberndörfer 1993: 99 ff.).

Im Folgenden wird herausgearbeitet, welche Einstellungen Kandidaten zum Deutschen Bundestag (und damit potenzielle Repräsentanten) zu diesen Fragen einnehmen, und wie sich die zu erwartenden Unterschiede erklären lassen. Geleitet wird die Analyse nicht vom Delegierten- sondern vom Treuhändermodell der politischen Repräsentation: Politiker sollten die Bürger auf die wahrscheinlichen Entwicklungen in Politik und Gesellschaft vorbereiten und dementsprechend politische Führungsaufgaben wahrnehmen. Inwieweit die Bürger diese Sicht teilen, ist zwar von Relevanz, aber nicht Gegenstand der Analyse. Deshalb wird hier weder eine Vergleichsanalyse der Einstellungen von Wählern und Abgeordneten (Miller/Stokes 1963) durchgeführt,² noch überprüft, ob Parteien (und Abgeordnete) tatsächlich das tun, was sie den Wählern vor der Wahl versprechen (Klingemann u. a. 1994). Diese andere Perspektive des politischen Repräsentationsprozesses, der ich an anderen Stellen nachgegangen bin (Schmitt/Wüst 2004; Wüst/Schmitt 2007), wird hier ausgeklammert.

2. Die zentralen Themenbereiche von Einwanderungspolitik: Zuzug und Integration

Definitionen von Einwanderungspolitik sind vielfältig, doch Einigkeit herrscht darüber, dass rechtliche Regelungen des Zuzugs und der Umgang des

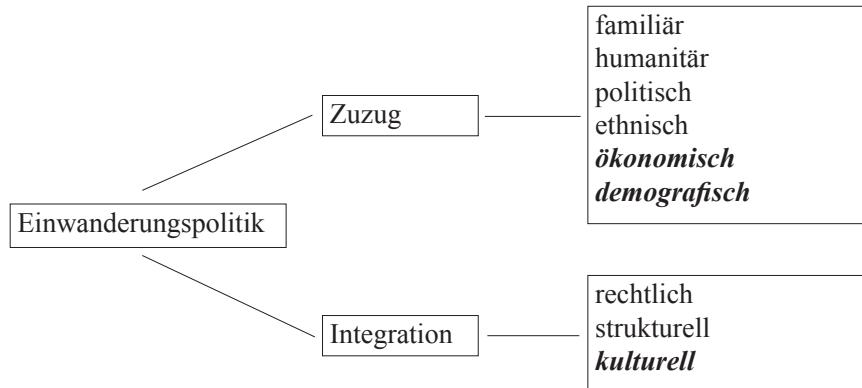
- 2 Eine solche Vergleichsanalyse ist aufgrund fehlender „Spiegelung“ der Fragen aus der Deutschen Kandidatenstudie für das Jahr 2005 ohnehin nicht möglich. Im Rahmen der Deutschen Wahlstudie 2009 wird es voraussichtlich mehr Möglichkeiten zu solchen Vergleichsanalysen geben.

Staates mit Einwanderern (Integration bzw. Nicht-Integration) zentrale Komponenten einer politikwissenschaftlichen Definition von Einwanderungspolitik sind.³ Souveräne Staaten können den Angehörigen des eigenen Staates die Einreise nicht verwehren, wohl aber Nicht-Staatsangehörigen. Letztere dürfen zumeist nur befristet einreisen (v. a. Touristen), es sei denn sie erfüllen Bedingungen, die eine dauerhafte Niederlassung ermöglichen.

a) Zuzug

Eine dauerhafte Niederlassung in Deutschland wird häufig aus familiären Gründen erreicht (vgl. Abbildung 1). Aufgrund internationalen und nationalen Rechts hat der Staat geringe Steuerungsmöglichkeiten bei der Einreise von Ehepartnern und Kindern von Staatsbürgern oder Aufenthaltsberechtigten. Ein immer wiederkehrender Streitpunkt ist das Nachzugsalter, das derzeit vor allem Teile der CDU/CSU für Ehepartner herauf- und für Kinder herabsetzen möchten. Erhebliche Veränderungen der Anzahl von Einwanderern aus familiären Gründen (2007: 42.000) sind durch leichte Korrekturen bestehender Regelungen aber nicht zu erwarten.⁴

*Abbildung 1
Zentrale Aspekte von Einwanderungspolitik und ihre Komponenten*



3 Hammar 1985; Hollifield 2000; Freeman 2004.

4 Die Zahlenangaben stammen hier und nachfolgend primär aus BAMF 2008; ergänzend OECD 2007.

Nahezu vollständig aus der politischen Diskussion verschwunden sind die Regelungen zur Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Neben der Grundgesetzänderung 1993 war die Beruhigung der politischen Lage auf dem Balkan ursächlich dafür, dass Einwanderung aus humanitären und politischen Gründen stark zurückgegangen ist (von 438.000 im Jahr 1992 auf 19.000 im Jahr 2007). Seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes (2005) ging es primär darum, bislang Geduldeten eine Bleibeperspektive zu eröffnen. Ein Beschluss der Innenministerkonferenz vom 17. November 2006 bindet eine solche Perspektive an die soziale Integration eigener Kinder bzw. die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit des Geduldeten selbst.

An Relevanz eingebüßt hat auch die ethnisch begründete Einwanderung, die in Form der Aussiedlermigration vor allem Ende der 80er- und zu Beginn der 90er-Jahre in Deutschland dominierte (Joppke 2005). Mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (1992) wurde für die Einwanderung von Aussiedlern erstmals ein Stichtag (Geburt vor 1993) eingeführt und in der Folge die Aufnahme an messbare Kriterien (v. a. Sprachkompetenz) geknüpft. Die Zahl der Aussiedler ist von rund 400.000 im Jahr 1990 auf nunmehr knapp 6.000 (2007) gesunken und spielt für die Einwanderungspolitik damit inzwischen eine quantitativ vernachlässigbare Rolle.

Trotz des seit 1973 geltenden Anwerbestopps ist der Stellenwert der Arbeitsmigration nach Deutschland im Gegensatz zur humanitären, politisch oder ethnisch bedingten Einwanderung immer noch hoch. Und das alte Konzept des „Gastarbeiters“ scheint demnach weiter zu existieren: Die Zahl der Saisonarbeiter (2007: 300.000) ist immens hoch, hinzu kommen Werkvertragsarbeitnehmer (2007: 17.000), die ebenfalls lediglich temporäres Aufenthaltsrecht genießen. Abgesehen von der dadurch initiierten schlechenden Einwanderung, ermöglicht das Zuwanderungsgesetz nicht nur in Fortsetzung der Green-Card-Initiative (2000), dass sich IT-Fachkräfte temporär, sondern auch, dass Hochqualifizierte und Selbstständige sich unter bestimmten Bedingungen dauerhaft in Deutschland niederlassen können. Diese Öffnung für Einwanderer ist bemerkenswert, wenn auch (noch) nicht effektiv. 2006 und 2007 kamen jährlich jeweils weniger als 4.000 IT-Fachkräfte, 200 Hochqualifizierte und 900 Selbstständige über diese Einwanderungsoptionen nach Deutschland (BAMF 2008). Erst zum 1. Januar 2009 wurde im Rahmen des Arbeitsmigrationssteuerungsgesetzes einerseits das Mindesteinkommen für Hochqualifizierte von bislang 86.400 € auf immer noch hohe 63.600 € (Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung) und die Mindestinvestitionssumme eines Selbstständigen von ursprünglich 1 Mio. €

(und zehn neuen Arbeitsplätzen) im Zuwanderungsgesetz auf mittlerweile 250.000 € (und fünf neuen Arbeitsplätzen) gesenkt.

Einwanderung zur Begrenzung nachteiliger Auswirkungen des demografischen Wandels (u. a. allgemeiner Arbeitskräftemangel, Finanzierung der Sozialsysteme) wird von keiner Partei bislang thematisiert. Dabei ist die Sachlage eindeutig: Einwanderung ist notwendig, wenn auch nicht hinreichend, um die demografische Lücke klein zu halten.⁵ Diese Erkenntnis ist keinesfalls neu (Klauder 1992). In der langfristigen, demografischen Perspektive ist Einwanderungspolitik demnach ein wichtiges Element zukunftsweisender Politik.

b) Integration

Die Eingliederung von Einwanderern hat unterschiedliche Dimensionen, die von rechtlichen über strukturelle bis hin zu kulturellen Aspekten reicht (Abbildung 1). Aus politikwissenschaftlicher Sicht besitzen rechtliche Aspekte eine besondere Bedeutung, und hier vor allem die Frage der Staatsbürgerschaft (Brubaker 1989; Joppke 1999). Mit dem Hinweis auf ein nicht mehr zeitgemäßes Staatsbürgerschaftsrecht (Weizsäcker 1995) dominierte diese Frage die einwanderungspolitische Debatte in Deutschland in den 90er-Jahren (Green 2004: 79-109). Das erste Reformprojekt der rot-grünen Bundesregierung verursachte eine bemerkenswerte Gegenmobilisierung, die im Februar 1999 die CDU Roland Kochs in Hessen in die Landesregierung brachte und zum frühen Verlust der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat führte (Forschungsgruppe 1999: 53 f.). Durch den Verzicht auf die doppelte Staatsbürgerschaft über die Volljährigkeit hinaus, gelang Rot-Grün mithilfe der FDP die Verabschiedung der Reform.

Auf die Bedeutung struktureller Assimilation für die Integration von Migranten, von Sprachkompetenz bis hin zu Bildungsabschlüssen, ist bereits 1980 von Hartmut Esser hingewiesen worden. Im Zuge der Diskussion um das insgesamt schlechte Abschneiden Deutschlands bei der PISA-Studie und die nochmals deutlich schlechteren Leistungen der Schüler mit Migrationshintergrund, wurde dieser Themenkomplex erneut intensiv behandelt (Bommes 2006). Inzwischen besteht Konsens darüber, dass der frühe Erwerb der Sprache des Einwanderungslandes und die Beseitigung von Bildungsbarrieren für Migranten zentral für die strukturelle Integration und den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt sind (Esser 2006; Keim/Tracy 2006). Kontrovers bleibt, wie hoch

5 Meier-Braun 2002: 150-171; Kaufmann 2005: 177 ff.; Straubhaar 2006.

der Einsatz finanzieller Mittel ausfallen sollte und welche Maßnahmen erfolgversprechend sind – viele Pilotprojekte sind noch nicht abgeschlossen.

Die Frage, inwieweit zur vollständigen Integration auch eine kulturelle Anpassung gehört, wurde wiederholt erörtert (pointiert: Hoffmann 1992). Nach dem 11. September 2001 geriet vor allem der Islam in Verdacht, nicht nur potenziell gefährlich zu sein, sondern auch desintegrierend zu wirken. Die früheren Einbürgerungsrichtlinien (1977), das Kruzifix-Urteil (1995), das Kopftuch-Verbot (2004) und so mancher Streit über den Bau von Moscheen zeugen davon, dass von Teilen der Gesellschaft ein gewisser Grad kultureller Assimilation – wenn auch nicht immer explizit – erwartet wird. Ein Einwanderungsland kann einen gewissen Grad an Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen (und damit auch der Mehrheitskultur) einfordern, nicht jedoch eine kulturelle Angleichung von Migranten (Taylor 1993). Insofern ist die Frage, wie tolerant Deutschland und die Deutschen anderen Kulturen gegenüber sind, wichtig für die Zukunftsfähigkeit der zunehmend multiethnischen Einwanderungsgesellschaft.

3. Einwanderung und kulturelle Assimilation aus Sicht der Kandidaten zum 16. Deutschen Bundestag

In der Deutschen Kandidatenstudie 2005⁶ wurden sämtliche Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien nach ihren Haltungen zu Einwanderung und kultureller Assimilation befragt. Die Formulierungen der Fragen zu den beiden derzeit wichtigsten Einwanderungsaspekten (ökonomisch sowie demografisch) und zur kulturellen Assimilation sind Tabelle 1 zu entnehmen. Die Fragen zur Einwanderung waren unterschiedlich eingebettet, einerseits in eine allgemeine Einstellungsbatterie mit 13 Fragen (Ökonomie) und andererseits in eine Fragenbatterie, die mit der Einleitungsfrage „Was halten Sie von den folgenden Maßnahmen, um den Problemen der alternden Gesellschaft und ihrer Folgen zu begegnen?“ ein demografiespezifisches Framing erfuhr. Beide Zuzugsfragen korrelieren zwar recht stark miteinander ($r = +,65$), doch besteht darüber hinaus ausreichend Varianz, die beispielsweise

6 Die Deutsche Kandidatenstudie (German Candidate Study = GCS) 2005 wurde primär mit Mitteln der DFG im Winter 2005/06 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung durchgeführt (Wüst u. a. 2006; Zittel/Gschwend 2007). Die Erhebung der Daten erfolgte im Rahmen einer postalischen Befragung sämtlicher 2346 Kandidaten, die für eine im Bundestag vertretene Partei angetreten waren. Von den zurückgesandten Fragebögen waren 1030 voll verwertbar (Ausschöpfung: 44%). Weitere Informationen zur GCS 2005 einschließlich Fragebogen sind unter <http://www.mzes.uni-mannheim.de/projekte/gcs> abrufbar.

durch unterschiedliche Distanzen nach Parteizugehörigkeit und unterschiedliche Kohärenz innerhalb der Parteien charakterisiert ist (vgl. Abschnitt 5). Unter den allgemeinen Einstellungsfragen befand sich auch die wichtige Integrationsfrage nach kultureller Assimilierung, die jeweils mäßig mit den Zuzugsvariablen (mit Ökonomie: $r = -.43$; mit Demografie: $r = -.41$) korreliert.

Welche Erklärungen können und sollten herangezogen werden, um Einstellungsunterschiede zwischen den Kandidaten in der Einwanderungspolitik zu bestimmen? Ein erstes, vermutlich das wichtigste Faktorenbündel lässt sich als (generalisierte) Issue-Positionen charakterisieren. Von zentraler Bedeutung sollte hier nach wie vor die Links-Rechts-Dimension sein, und dies sowohl für Zuzug als auch Integration. Verschiedene Analysen, auch von Kandidaten (Wüst 2005), haben gezeigt, dass linke Parteien offener gegenüber Zuzug und kultureller Vielfalt sind als rechte (Messina 2006).

Dass es eine weitere Dimension gibt, die den politischen Wettbewerb (schwächer) strukturiert, wurde von verschiedenen Autoren mit unterschiedlichen Begründungen sowie empirischen Belegen festgestellt.⁷ So sind Marks u. a. (2006: 157) sogar der Ansicht, dass die Links-Rechts-Dimension ausschließlich ökonomische Bedeutung habe (ökonomische Gleichheit vs. Freiheit) und diese Dimension durch eine nicht-ökonomische Dimension, GALTAN (grün, alternativ, libertär vs. traditionalistisch, autoritär, national) ergänzt wird. Diese angelsächsische Perspektive blendet aus, dass die Wahrnehmung linker und rechter Politikinhalte in der Bundesrepublik stark vom asymmetrischen Parteiensystem, an dessen rechtem Ende keine „primär ökonomisch konservative“, sondern eine „religiös traditionelle“ Partei steht (Pappi 1977: 196), beeinflusst ist. Insofern lässt sich die Bedeutung der Links-Rechts-Dimension weder in Europa insgesamt noch in Deutschland auf ökonomische Inhalte reduzieren. Es muss aber festgestellt werden, dass der Wertewandel und die „neue Politik“ (Flanagan/Dalton 1990) den politischen Wettbewerb und die Parteiensysteme Europas sowie der Bundesrepublik verändert haben. Fragen ökologischer Nachhaltigkeit und die Thematisierung der Gleichstellung von Frauen und Minderheiten, insbesondere durch die grün-alternativen Parteien, gehören hierzu (Flanagan/Dalton 1990: 237). Als Folge dieser Entwicklungen gab es eine Gegenbewegung, die als „neue Rechte“ national-autoritäre Positionen einnimmt und insbesondere die gesellschaftliche Gleichstellung traditionell Benachteiligter ablehnt (Leggewie 1989).

Schließlich ist eine weitere Entwicklung zu berücksichtigen, der mitunter die Entstehung eines neuen cleavages zugeschrieben wird (Kriesi/Lachat

7 Inglehart 1977; Kitschelt 1988; Marks u. a. 2006.

2004): die Globalisierung. Diese umwälzende Entwicklung bedingt nach Kriesi und Lachat (2004: 2) nicht nur ein Mehr an ökonomischem Wettbewerb, sie habe auch eine ethnische Komponente, denn es entstehe ein kultureller Wettbewerb. Während (neo)liberale Parteien diesen Wettbewerb annehmen, regt sich vor allem auf der politischen Linken und Rechten Widerstand gegen die Globalisierung (Bundesverband deutscher Banken 2002: 12). Insofern könnte neben der „neuen Politik“ auch die grundsätzliche Haltung zur Globalisierung eine Ergänzung der Struktur des politischen Wettbewerbs entlang der Links-Rechts-Dimension darstellen.

Mit Blick auf die Einstellungen zu ökonomisch sowie demografisch begründeter Einwanderung und zur kulturellen Assimilation von Einwanderern ist zu prüfen, inwieweit Grundpositionen auf der Links-Rechts-Dimension einerseits sowie die Haltung zur Globalisierung bzw. zur Gleichstellung andererseits die Positionen der Kandidaten erklären können. Es wird erwartet, dass mit linken Positionen positivere Haltungen zu Einwanderung und negativere Haltungen zu kultureller Assimilation einhergehen. Darüber hinaus kann erwartet werden, dass Globalisierungsbefürworter in Einwanderung eher eine Chance als eine Gefahr sehen, vor allem was ökonomisch motivierte Einwanderung betrifft (Butterwegge 2003). Dagegen sollten Globalisierungsbefürworter vor allem ökonomisch motivierter Migration kritisch gegenüberstehen. Die Haltung zur kulturellen Assimilation sollte dagegen durch ein Element neuer Politik beeinflusst sein: die Anerkennung von Rechten für gesellschaftliche (Teil-)Gruppen (Phillips 1995). Ein brauchbarer, wenn auch möglicherweise nicht idealer Indikator hierfür sollte die Gleichstellung von Frauen im Beruf sein.⁸ Befragte, die den Arbeitsmarkt und im übertragenen Sinne auch die Gesellschaft als eine Art „closed shop“ verstehen, sollten in kultureller Assimilation eine Voraussetzung für die Vollmitgliedschaft in der Gesellschaft sehen. Wer meint, dass bislang unterrepräsentierte Bevölkerungsteile hingegen gleichberechtigt und gleichgestellt werden sollten, müsste eine kritischere Haltung zur Forderung nach kultureller Assimilation einnehmen. Schließlich sollten Befürworter der Gleichstellung von Frauen zumindest in der Tendenz auch die Gleichstellung anderer Gruppen befürworten und deshalb Forderungen nach kultureller Assimilation eher ablehnen.

8 Alternativ zu diesem Item wurde überlegt, die Haltung zur gleichgeschlechtlichen Ehe als erklärende Variable (für Gruppenrechte) zu verwenden. Im Rahmen einer explorativen Faktorenanalyse aller Items der allgemeinen Itembatterie (C2) der GCS 2005 wurde festgestellt, dass diese Alternativvariable primär der Links-Rechts-Dimension zuzuordnen ist; dies trifft auf die Gleichstellungsfrage nicht zu.

*Tabelle 1**Merkmale der abhängigen und unabhängigen Variablen*

Abhängige Variablen	Skalenpunkte	gültige N
Ökonomie: Einwanderer sind gut für die deutsche Wirtschaft (Frage in Fragebogen: C2_10; allgemeine Einstellungsbatte) *5		1014
Demografie: Deutschland braucht eine aktive Einwanderungspolitik (C5_2; Batterie „alternde Gesellschaft“) *5		1018
Assimilation: Einwanderer sollen verpflichtet werden, sich der deutschen Kultur anzupassen (C2_1; allg. Einstellungsbatte) *5		1014
Unabhängige Variablen	Skalenpunkte	gültige N
<i>Issue-Positionen</i>		
Links-Rechts-Selbsteinstufung (C3)	11	1003
Globalisierung: Öffnung der Weltmärkte (C2_13)	*5	1017
Gleichberechtigung: Frauen im Beruf (C2_5)	*5	1015
<i>Soziodemografische Faktoren</i>		
Alter (E2 rekodiert)	Intervall	1020
Bildung (E9 rekodiert)	4	998
Kirchgangshäufigkeit (E14)	*7	1000
Dummy: Christliche Religionszugehörigkeit (E15; 631 Christen)	2	1009
Dummy: Nicht-Christliche Religionszugehörigkeit (E 15; 8 Nicht-Christen)	2	1009
Dummy: Geburt in Ostdeutschland/DDR (E3; 195 Fälle)	2	1015
Dummy: anderer ethnischer Hintergrund (E6 und Aggregatdaten; 36 Fälle)	2	963
<i>Kontexteinflüsse</i>		
Urbanität (E8)	8	1008
Ausländeranteile (Aggregatdaten; nur WK-Kandidaten)	Intervall	664
Arbeitslosenquote (Aggregatdaten; nur WK-Kandidaten)	Intervall	664

* Diese Variablen wurden für die Analyse in die entgegengesetzte Richtung kodiert.

Neben generalisierten Issue-Positionen bilden soziodemografische Charakteristika ein weiteres Faktorenbündel für die Haltungen zu Einwanderung und kultureller Assimilation (Koch/Wasmer 2000). Da sich Politik und Gesellschaft seit der Gastarbeiterpolitik der 50er- bis 70er-Jahre verändert haben, ist ein Sozialisationseffekt nach Alterskohorten naheliegend: ältere Befragte, die in einem ethnisch homogeneren Umfeld sozialisiert wurden, sollten Einwanderung gegenüber skeptischer sein und mehr kulturelle Assimilation fordern als jüngere Befragte, zu deren alltäglicher Erfahrung die multiethnische Gesellschaft häufig bereits gehörte. Ein ähnlicher Effekt ist mit Blick auf Kandidaten plausibel, die in der DDR geboren und dort sozialisiert wurden. Sie hatten im Vergleich zum Westen weniger Erfahrung mit anderen Ethnien. Ferner sollten formal höher Gebildete aufgrund ihres vermeintlich höheren Reflexionsgrades Einwanderern gegenüber offener sein und kulturelle Assimilation skeptischer sehen als formal niedrig Gebildete. Und falls es eine Abwehrhaltung gegenüber dem Islam und damit tendenziell auch gegenüber anderen, nicht-christlichen Religionen gibt, dann müssten vor allem Christen, die der Kirche nahestehen, gegen mehr, insbesondere demografisch begründete Zuwanderung sein und eine stärkere Assimilation der Einwanderer fordern. Von Personen mit einem anderen ethnischen Hintergrund sind dagegen positivere Haltungen zu Zuwanderung und Multikulturalität zu erwarten.

Das dritte Faktorenbündel besteht aus Kontextfaktoren (Hoffmeyer-Zlotnik 2000). Aufgrund von Modernitätsvorsprüngen und durch Erfahrungen mit einer multiethnischen Gesellschaft, sollten Kandidaten aus (größeren) Städten Einwanderung und Multikulturalität gegenüber offener sein als solche aus dem ländlichen Raum. Andererseits ist zu erwarten, dass hohe Ausländeranteile gegensätzliche Effekte haben. Letzteres sollte auch für Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit zutreffen, insbesondere bezüglich ökonomisch motivierter Einwanderung, denn (zumindest anfangs) bedeutete ein Mehr an Einwanderern keine Verbesserung für die mitunter prekäre Lage Einheimischer auf dem Arbeitsmarkt.

4. Ergebnisse für sämtliche Kandidaten

Die Bundestagskandidaten stehen Einwanderung aus ökonomischen und demografischen Gründen grundsätzlich positiv gegenüber. Die Mehrheit der Kandidaten ist der Meinung, dass Einwanderer gut für die deutsche Wirtschaft

sind, und dass das Land eine aktive Einwanderungspolitik braucht (Tabelle 2).⁹ Die Ergebnisse sind bemerkenswert, da man sie vor dem Hintergrund eines jahrzehntelangen Ringens um einen Paradigmenwechsel in der Einwanderungspolitik nicht erwarten konnte (Vogel/Wüst 2003). Eine Mehrheit der Kandidaten spricht sich dafür aus, dass Einwanderer verpflichtet werden sollten, sich der deutschen Kultur anzupassen. Die Kandidaten der kleinen Parteien teilen die Assimilationsforderung allerdings mehrheitlich nicht. Die Standardabweichung zeigt, dass die Unterschiede bei den Haltungen zu kultureller Assimilation am größten ausfallen, gefolgt von der demografisch motivierten Einwanderung. Der größte Konsens besteht bezüglich Arbeitsmigration.

Durch einen ersten bivariaten Analyseschritt (Tabelle 3) wird deutlich, dass es zum Teil recht starke Zusammenhänge der potenziellen Einflussfaktoren mit den Einstellungen der Kandidaten gibt. Die Positionierung entlang der Links-Rechts-Skala ist potenziell am erklärenkräftigsten. Die Haltung zur Globalisierung zeigt dagegen kaum und damit auch nicht die erwarteten Zusammenhänge mit den beiden Zuzugs-Variablen, während die Forderung nach Gleichstellung von Frauen den erwartet negativen Zusammenhang mit der Forderung nach kultureller Assimilation aufweist.

*Tabelle 2
Die abhängigen Variablen (Mittelwerte, Standardabweichungen)*

	Ökonomie	Demografie	Assimilation
Median	4	4	4
Arithmetisches Mittel	3,59	3,65	3,34
Standardabweichung	,94	1,13	1,21

Identische 5er-Skala von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 5 (stimme voll und ganz zu); Die Ergebnisse sind nach Sitzanteilen der Parteien im Bundestag gewichtet.

Sämtliche soziodemografischen Variablen hängen in den erwarteten Richtungen mit den drei einwanderungspolitischen Variablen zusammen. Dabei korrelieren interessanterweise Kirchgangshäufigkeit und die Zugehörigkeit zu einer christlichen Religion am stärksten. Der Bildungsgrad zeigt ebenfalls starke Zusammenhänge mit den abhängigen Variablen, während das Alter

9 Für die Überblicksdarstellung in Tabelle 2 wurden die Daten nach Parteistärken gewichtet. Werden die Daten – wie für alle weiteren Analysen – nicht gewichtet, verschieben sich die Mittelwerte zwar leicht, doch das Ergebnis fällt im Kern nicht anders aus.

und die Geburt in Ostdeutschland ausgesprochen schwache Korrelationen mit den drei abhängigen Variablen aufweisen.

Tabelle 3
Korrelationsmatrix (Pearson's r)

	Ökonomie	Demografie	Assimilation
Issue-Positionen			
Links-Rechts-Selbsteinstufung	**-,370	**-,355	**,594
Globalisierung	,003	-,028	
Gleichberechtigung			**-,151
Soziodemografische Faktoren			
Alter	-,041	-,017	**,082
Bildung	**,088	**,092	+,056
Kirchgangshäufigkeit	**-,191	**-,207	**,311
Christ	**-,137	**-,132	**,245
Nicht-christl. Religion	,062	,025	-,055
Geburt in Ostdeutschland/DDR	,035	,011	-,038
anderer ethnischer Hintergrund	+,062	*,079	*,064
Kontexteinflüsse			
Urbanität	**,112	**,098	**-,123
Ausländeranteile (nur WK-Kandidaten)	-,028	-,006	-,028
Arbeitslosenquote (nur WK-Kandidaten)	,046	,023	,022

** p < 0,01; * p < 0,05; + p < 0,1

Von den erwarteten Zusammenhängen mit Kontextvariablen bestätigen sich zweifelsfrei nur diejenigen mit dem Urbanisierungsgrad: Je städtischer der Kontext ist, desto offener sind die dort lebenden Kandidaten gegenüber Zuwanderung und kultureller Differenz. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass der Urbanisierungsgrad erfragt wurde, während Ausländeranteile und Arbeitslosenquoten, die zudem nur auf Wahlkreisebene vorliegen, den Umfragedaten zugespielt wurden. Höhere Ausländeranteile in den Wahlkreisen gehen zwar tendenziell mit kritischeren Haltungen zum Nutzen von Einwanderern für die Wirtschaft einher, aber auch mit weniger starken Assimilationsfordernungen. Und höhere Arbeitslosenraten im Wahlkreis korrelieren

zwar schwach mit einer stärkeren Forderung nach Assimilation, aber auch mit positiveren Haltungen zur Arbeitsmigration und zur Einwanderung aus demografischen Gründen.

In einem Zwischenschritt der Analyse werden zunächst nur die eindeutig unabhängigen Einflüsse (Soziodemografie, Kontext) auf die zu erklärenden Variablen multivariat untersucht. Die beiden Einstellungsvariablen zu Globalisierung und Gleichstellung, die auch von den zu erklärenden Variablen beeinflusst sein könnten, werden damit zunächst von der Analyse ausgeschlossen. Dadurch lassen sich zum einen klare, kausale Einflüsse identifizieren und zum anderen erklärenstärkere von erkläzungsschwächeren Faktoren innerhalb der Faktorenbündel herausarbeiten. Zusätzlich zur linearen Altersvariable wurde auch das quadrierte Alter aufgenommen, um einen möglichen kurvilinearen Zusammenhang zu testen. Ein solcher Zusammenhang wäre beispielsweise dann vorhanden, wenn es einerseits einen Generationen-, andererseits einen Lebenszykluseffekt gäbe: Dann könnten zum einen die Einstellungen der jungen denjenigen der älteren Kandidaten gleichen und beide Gruppen sich von der Gruppe der Kandidaten mittleren Alters unterscheiden. Ferner wurden zwei mögliche Interaktionen überprüft: zum einen, um zwischen Christen und Nicht-Christen starke von schwachen Kirchgängern besser trennen zu können (bei Christen sollten die Kirchgangseffekte schwächer sein),¹⁰ zum anderen, um – für die Analyse der Wahlkreiskandidaten (WKK) – die Höhe der Ausländeranteile nach Urbanität (der negative Effekt hoher Ausländeranteile sollte in Städten schwächer ausfallen) zu differenzieren.

In Tabelle 4 ist zu sehen, dass soziodemografische und Kontextfaktoren nur einen sehr kleinen Teil der Einstellungsunterschiede erklären können. Bildung, Kirchgangshäufigkeit und Urbanität sind dagegen erklärenstark. Höher gebildete und in größeren Städten lebende Kandidaten stehen zum einen ökonomisch und demografisch motivierter Zuwanderung offener gegenüber und fordern seltener, dass Migranten sich kulturell anpassen müssen. Wer dagegen häufig in die Kirche geht, sieht dies dezidiert anders. Der nicht-lineare Zusammenhang zwischen Alter und Einstellungen zeigt sich in der Tendenz, doch bleibt der lineare Zusammenhang dominant: Mit steigendem Alter nimmt die Ablehnung von Einwanderung zu und die Toleranz gegenüber anderen Kulturen ab. Welcher Religion man angehört und ob man im Osten oder Westen Deutschlands geboren wurde, spielt ebenfalls eine

10 Immerhin rund ein Viertel der Nicht-Christen (primär konfessionslos) geht mehr als einmal im Jahr in die Kirche. Unter Christen beträgt dieser Anteil 75 %.

vernachlässigbare Rolle. Auch bei den Interaktionen bestätigen sich in der Tendenz die erwarteten Effekte, allerdings bleiben die Interaktionsterme selbst insignifikant.

Tabelle 4

Multiple lineare Regressionen I: Soziodemografie und Kontextfaktoren (betas)

	Ökonomie		Demografie		Assimilation	
	alle	WKK	alle	WKK	alle	WKK
Soziodemografie						
Alter	-,036	+,588	-,049	-,414	-,176	,207
Alter*Alter	,011	+,484	,054	,324	,262	-,063
Bildung	**,089	+,080	*,083	+,093	*,068	-,062
Kirchgangshäufigkeit	*,208	-,104	*,203	-,120	**,306	*,243
Christ	,004	-,134	-,035	-,131	-,041	,007
Nicht-christl. Religion	,032	,037	-,018	-,035	-,011	-,039
Geburt in Ostdeutschland	-,001	-,008	-,020	-,017	,004	-,074
anderer ethn. Hintergrund	+,056	,047	*,069	,043	-,020	,044
Kontext						
Urbanität	*,070	-,001	+,056	,074	*,081	-,051
Ausländeranteile		*,333		-,155		,081
Arbeitslosenquote		-,070		-,045		,099
Interaktionen						
Christ*Kirchgang	-,004	,082	,069	,092	,100	,079
Urbanität* Ausländeranteile		,271		,068		-,043
N	893	555	889	554	889	552
korrig. R ²	,058	,051	,056	,043	,115	,095

** p < 0,01; * p < 0,05; + p < 0,1.

Die ausschließliche Analyse der Wahlkreiskandidaten zeigt, dass höhere Ausländeranteile weniger Zustimmung zu (primär ökonomisch motivierter) Einwanderung erzeugen. Dieser Effekt ist in den Städten (Interaktionsterm) deutlich schwächer als auf dem Land. Höhere Arbeitslosenquoten wirken ebenfalls hemmend auf eine positive Beurteilung von Einwanderung, ins-

besondere mit Blick auf Arbeitsmigration. Schließlich wird die Assimilationsforderung von Kandidaten aus Wahlkreisen mit hoher Arbeitslosigkeit in höherem Maße geteilt als in Wahlkreisen mit höheren Beschäftigtenanteilen. Die Haltungen der Wahlkreiskandidaten zu Einwanderung und Assimilation werden demnach, wie erwartet, auch von den Erfahrungen mit der beschäftigungspolitischen Lage und der Bevölkerungszusammensetzung im Wahlkreis beeinflusst.

Für die folgenden Analysen (Tabelle 5) werden nun zusätzlich zu den erklärenkskräftigen soziodemografischen und Kontextfaktoren auch die Haltungen der Kandidaten zu Globalisierung bzw. Gleichstellung berücksichtigt.¹¹ Die quadrierte Altersvariable und der Interaktionseffekt von Christen und Kirchgang werden in einem zweiten Analyseblock auf Signifikanz geprüft (schrittweise Einführung) und diese Variablen sind damit zusätzliche, potenzielle Komponenten zur Erklärung von Haltungen zu Einwanderung und Assimilation. Als weitere optionale Komponente wurde die Salienz (Stokes 1992) zuzugs- und integrationsrelevanter Themen geprüft. Die Kandidaten konnten in einer offenen Frage die für sie wichtigsten politischen Probleme Deutschlands nennen (Wüst u. a. 2006: 429). Für einige Antworten konnten Verbindungen zum Themenbereich Migration und Integration festgestellt werden; somit kann davon ausgegangen werden, dass der Themenkomplex für diese Kandidaten von Bedeutung ist. Für die Analyse wurden berücksichtigt: Wirtschaftslage und Globalisierung (potenziell positiver bzw. negativer Effekt auf Arbeitsmigration), demografisches Defizit und soziale Sicherungssysteme (potenziell positive Effekte auf Einwanderung) sowie Menschen- und Bürgerrechte (potenziell negativer Effekt auf kulturelle Assimilation), Ruhe/Ordnung/Kriminalität (potenziell positiv) und Ausländerfeindlichkeit (potenziell negativ).

Da auch die Parteien selbst durch ihre programmatischen Positionen die Meinungen ihrer Kandidaten prägen können, wurden sämtliche Analysen mit und ohne Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit (Parteidummies) durchgeführt. Während die separate Behandlung von CDU und CSU sich als durchweg sinnvoll erwies, brachte ein Interaktionsterm, der alle Parteien nach Ost- und Westkandidaten unterscheidet, nicht die möglicherweise zu erwartenden Unterschiede zwischen Kandidaten der Linkspartei im Osten

11 Im Gegensatz zur vorangegangenen Regressionsanalyse wird aufgrund ihrer geringen Erklärungskraft auf die Variable nicht-christliche Religion verzichtet. Zugunsten höherer Fallzahlen werden die Kontextvariablen Ausländeranteil und Arbeitslosigkeit ebenfalls zunächst ausgeschlossen.

(PDS) und Westen (WASG). Lediglich bei der SPD gab es Ost-West-Unterschiede: die Ost-Kandidaten erwiesen sich im Gegensatz zu denjenigen im Westen als tendenziell fordernder bei der kulturellen Assimilation von Einwanderern.

Es zeigt sich, dass die Links-Rechts-Position trotz Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit ihren starken Einfluss auf die Haltungen der Kandidaten zu Zuzug und Integration behält: Der Einfluss schwächt sich zwar erwartungsgemäß ab, bleibt aber durchweg prägend. Die individuelle ideologische Positionierung der Kandidaten ist damit von erheblicher Bedeutung für die Haltungen zu Migration und Integration. Die Einstellung zur Globalisierung beeinflusst die beiden Haltungen zur Einwanderung ebenfalls in die erwartete Richtung, und auch die positive Einstellung zur Gleichstellung spielt eine kleine Rolle für die Haltung zu kultureller Assimilation.¹²

Von den soziodemografischen Variablen kommt dem formalen Bildungsgrad die größte Bedeutung zu. Mit wenigen insignifikanten Ausreißern bei den Modellen zur Erklärung der Haltungen zur kulturellen Assimilation (Kirchgangshäufigkeit und anderer ethnischer Hintergrund), weisen sämtliche Faktoren in die erwarteten Richtungen, wenn auch mitunter schwach.

Bemerkenswert ist schließlich, dass die Salienz zweier Themen zusätzlichen Eingang in die Regressionsmodelle findet (Schmitt/Wüst 2004). Wenn das demografische Defizit als eines der wichtigsten Themen, mit denen Deutschland zur Zeit konfrontiert ist, genannt wird (13 % der Befragten), dann stehen diese konsequenterweise einem Einwanderungsgesetz auch offener gegenüber. Ähnlich verhält es sich mit der Ausländerfeindlichkeit, die zwar nur von einem Prozent der Befragten angeführt wird,¹³ aber ebenfalls einen eigenständigen Einfluss auf die Haltung zu kultureller Assimilation hat.¹⁴

- 12 Zwar ist die Globalisierungsvariable von größerer Erklärungskraft als die Gleichstellungsvariable, doch bleiben beide Einstellungsvariablen sowohl unter Kontrolle der soziodemografischen und Kontextvariablen, als auch bei Einführung der Parteizugehörigkeit in das Erklärungsmodell in die erwartete Richtung erklärenkräftig.
- 13 Unter diesen Befragten befindet sich keiner mit anderem ethnischen Hintergrund, so dass dieses Item nicht deren Haltung zur Assimilation erklären kann.
- 14 Führt man sämtliche Analysen unter Einschluss der Variablen Ausländeranteil und Arbeitslosenquote (nur für die Wahlkreiskandidaten) durch, dann wirken beide negativ auf die Zuzugs-Variablen und positiv auf kulturelle Assimilation, bleiben aber insignifikant. Die Wirkungsrichtungen aller anderen Variablen bleiben erhalten. Eine Tendenz zur Signifikanz ($p = ,07$) hat dann lediglich der Ausländeranteil, der zu einer reservierteren Haltung zur Arbeitsmigration führt – ein Effekt, der hoch plausibel ist.

Tabelle 5

Multiple lineare Regressionen II: Einstellungen, Soziodemografie und Kontextfaktoren (betas), ohne und mit Parteidummies (PD)

	Ökonomie		Demografie		Assimilation	
	ohne PD	mit PD	ohne PD	mit PD	ohne PD	mit PD
Block 1						
Links-Rechts-Position	***-,479	***-,281	***-,427	***-,222	***,595	***,377
Globalisierung	***,235	***,225	***,171	***,163		
Gleichstellung					*,056	+,045
Alter	*,068	-,039	-,034	-,007	***,143	***,130
Bildung	***,101	**,079	**,090	**,071	***-,110	***-,101
Christ	,048	,026	*,095	+,071	-,022	-,015
Kirchgangshäufigkeit	+,074	-,041	**-,127	*,093	,030	-,025
Geburt in Ostdeutschland	-,023	-,045	-,041	+,060	,027	+,051
anderer ethn. Hintergrund	,044	+,050	,050	*,059	,006	,010
Urbanität	+,055	+,056	,044	+,050	**-,075	**-,072
CSU	***-,114			***-,120		***,105
CDU	**,125			**,122		***,187
SPD	*,091			*,108		-,016
Grüne	***,217			***,244		***-,158
Linke.PDS		,078		,068		**-,143
Block 2						
schrittw. Einf.						
Alter*Alter						
Christ* Kirchgang						
Issue-Salienz			*,062 (Def.)		**-,069 (Auslf.)	**-,068 (Auslf.)
N	876	871	872	868	870	865
korrig. R ²	,205	,256	,174	,235	,404	,447

*** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; + p < 0,1

5. Ergebnisse nach Parteizugehörigkeit

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt die Einstellungen der Kandidaten insgesamt untersucht wurden, sollen abschließend die Unterschiede zwischen den und innerhalb der Parteien betrachtet werden. Dabei geht es nicht darum, die innerparteiliche Varianz zu erklären,¹⁵ sondern herauszufinden, ob jüngere und neue Kandidaten andere Haltungen zu Zuzug und Integration aufweisen als diejenigen, die schon länger für ihre Partei Politik machen.

Es wird angenommen, dass junge Kandidaten in ihren Einstellungen (wie in Abschnitt 4 festgestellt) von den älteren insofern abweichen, als sie zuzugsfreudlicher und im Hinblick auf die Forderung nach kultureller Assimilation zurückhaltender sind. Sollte dem so sein, wäre dies ein Indiz für einen Generationswandel von Einstellungen innerhalb der politischen Klasse. Zu prüfen ist ferner, inwieweit sich nicht etablierte Kandidaten von den Mandatsträgern unterscheiden, d. h. ob sie weniger oder stärker parteipolitisch akzentuierte Positionen einnehmen. Die Zugehörigkeit zu einer Regierungsfraktion könnte ebenfalls ein moderierender Einfluss sein, doch aufgrund des Erhebungszeitpunkts (Winter 2005/06) werden die Daten für nicht geeignet gehalten, diesen Einfluss adäquat wiederzuspiegeln.

Wie die Standardabweichungen zeigen, ist die innerparteiliche Geschlossenheit bei den Parteien links von CDU und CSU hinsichtlich der ökonomisch motivierten Migration am größten (Tabelle 6). Die Unionsparteien sind sich dagegen bei der kulturellen Assimilation am meisten einig. Bei SPD, Grünen und Linkspartei führt kulturelle Assimilation zum vergleichsweise größten Dissens, bei den bürgerlichen Parteien finden sich dagegen die vergleichsweise größten Meinungsunterschiede bezüglich demografisch begründeter Einwanderungspolitik.

Sieht man sich den Zusammenhang zwischen Alter und den drei Einstellungen an (Tabelle 7), so zeigen sich parteispezifisch differenzierte Muster, die nur zum Teil die These stützen, dass jüngere Kandidaten der Einwanderung offener und kultureller Assimilation kritischer gegenüberstehen als ihre älteren Kolleginnen und Kollegen. Beim Zuzug besteht interessanterweise eine Trennlinie zwischen den großen und den kleinen Parteien. Die jungen Kandidaten von SPD, CDU und CSU beurteilen Einwanderung im Durchschnitt kritischer als die älteren, auch wenn die Korrelation lediglich

15 Ein solches Vorhaben wäre aufgrund der mitunter geringen Fallzahlen innerhalb der einzelnen Parteien auch kaum zufriedenstellend realisierbar.

für die SPD und die Arbeitsmigration signifikant ist. Dagegen stehen die jüngeren Kandidaten von FDP, Linkspartei und vor allem von den Grünen Einwanderung offener gegenüber als die älteren. Und auch bei der Forderung nach kultureller Assimilation sind die jüngeren Vertreterinnen und Vertreter der kleinen Parteien zurückhaltender als die älteren, während sich bei den Volksparteien kaum Unterschiede nach Alter zeigen.

Tabelle 6
Einstellungen nach Parteizugehörigkeit

	Ökonomie		Demografie		Assimilation	
	arithm. Mittel	SD	arithm. Mittel	SD	arithm. Mittel	SD
CSU	2,71	,976	2,57	1,289	4,32	,723
CDU	3,08	,941	3,07	1,190	4,26	,725
FDP	3,69	,848	3,73	1,070	3,40	,997
SPD	3,91	,693	4,04	,783	2,90	1,042
Grüne	4,20	,662	4,41	,688	2,34	1,055
Linke	3,94	,870	4,01	,933	2,21	1,066

Tabelle 7
Der Zusammenhang von Alter und Einstellung innerhalb der Parteien

	Ökonomie	Demografie	Assimilation
CSU	,15	,16	-,04
CDU	,05	,08	,00
FDP	-,09	-,02	*,16
SPD	*,17	,06	,07
Grüne	*,21	-,13	,12
Linke	-,03	-,00	*,15

* p < 0,05.

Ernüchternder fällt der Vergleich der Einstellungen zwischen Erstkandidaten und etablierten Kandidaten aus (Tabelle 8).¹⁶ Nur die Parlamentsneulinge

16 Ähnliche Ergebnisse mit allerdings geringeren Unterschieden ergeben sich, wenn man die Abgeordneten mit denjenigen Kandidatinnen und Kandidaten vergleicht, die nicht als MdB in die Bundestagswahl gegangen sind.

von CDU und CSU stehen Einwanderung etwas offener gegenüber, doch sind die Unterschiede zu den Mandatsträgern nicht insignifikant. In vielen anderen Fällen, vor allem bei der FDP, gibt es gegenteilige Ergebnisse. Im Gegensatz zu den Jüngeren geht der Status als Novize nicht automatisch mit mehr Offenheit gegenüber Zuwanderung und Multikulturalität einher, sondern es sind häufig die etablierten Abgeordneten, die einwanderungsfreundliche Einstellungen aufweisen. Diese Feststellung trifft auch weitestgehend zu, wenn man zusätzlich für den Bildungsgrad der Kandidaten kontrolliert (Ausnahmen: CSU und partiell Grüne). Demnach gibt es im Vergleich der etablierten mit neuen Bundestagskandidaten keinen eindeutigen Einstellungswandel. In der Tendenz „gemäßigt“ Einstellungen nehmen Neulinge im Vergleich zu den Abgeordneten nur bei den Fragen zur Einwanderung ein.

*Tabelle 8
Einstellungsvergleich innerhalb der Parteien: Erstkandidaten und Mandatsinhaber im Vergleich*

	Ökonomie		Demografie		Assimilation	
	Erstkan-didatur	als MdB kandidiert	Erstkan-didatur	als MdB kandidiert	Erstkan-didatur	als MdB kandidiert
CSU	2,92	2,50	2,67	2,33	4,42	4,25
CDU	3,10	2,96	3,11	2,84	⁺ 4,31	4,00
FDP	**3,52	4,33	*3,55	4,33	***3,53	2,33
SPD	3,82	3,98	4,01	4,12	2,86	2,93
Grüne	4,16	4,27	**4,31	4,82	2,43	2,18
Linke	3,87	(5,00)	3,93	(4,00)	2,32	(2,00)

F-Test: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; ⁺ p < 0,1

6. Schlussbetrachtung

Die Analyse der Einstellungen von Bundestagskandidaten des Jahres 2005 stand unter der Prämisse, dass Politiker nicht nur Delegierte, sondern auch Treuhänder sind. Während man von Delegierten erwartet, dass sie das tun, was sie den Wählern vor der Wahl versprochen haben, erwartet man von Treuhändern, dass sie nicht nur das tun, was die Wähler wollen, sondern letztlich das, was im wohlverstandenen Interesse der Bürger ist. Im Kontext des Themenkomplexes Migration wurden auf der Grundlage des Ist-Zustands

sowie wahrscheinlicher Entwicklungen die Erwartungen formuliert, Politiker sollten für notwendige ökonomisch und demografisch begründete Einwanderung grundsätzlich offen sein und sich von der Vorstellung lösen, Einwanderer müssten sich in einer zunehmend multiethnischen Gesellschaft nicht nur strukturell (Sprache, Bildung), sondern auch kulturell assimilieren. Dass ein solch normatives Postulat auch Widerspruch hervorruft, ist naheliegend. Auch deshalb wurden die Einstellungsunterschiede der Kandidaten zunächst unabhängig von den postulierten Erwartungen analysiert.

Dabei zeigt sich, dass Einstellungsunterschiede der Bundestagskandidaten zu wichtigen Aspekten der Einwanderungspolitik (Zuzug und kulturelle Assimilation) im Wesentlichen durch grundsätzliche Positionen erklärt werden können. Neben der Parteizugehörigkeit und der individuellen Links-Rechts-Position spielen die Haltung zur Globalisierung für die Zuzugsaspekte und die Haltung zur Gleichstellung für die Frage der kulturellen Assimilation eine ergänzende Rolle. Ein höherer Bildungsgrad führt zu positiveren Einstellungen zu Einwanderung und Multikulturalität, während die Bindung an eine christliche Kirche mit Abwehrhaltungen einhergeht. Kandidaten aus (größeren) Städten sind offener als ihre Kollegen vom Land. Und zumindest für die Wahlkreiskandidaten kann ergänzt werden: Wo Arbeitslosigkeit und Ausländeranteile hoch sind, da ist man nicht ganz so offen für (primär ökonomisch motivierte) Einwanderung.

Insgesamt bewerten die Bundestagskandidaten aber nicht nur Arbeitsmigration positiv, sondern auch die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für Einwanderung. Bei einem Teil der Kandidaten vollzieht sich eine Rationalisierung über das Thema demografischer Wandel, denn die Realisierung eines demografischen Defizits geht nachweislich mit einer positiveren Haltung zu Einwanderungsregelungen einher. Zurückhaltender positionieren sich die Kandidaten, wenn es um kulturelle Heterogenität geht. Bei diesem parteipolitisch am stärksten polarisierenden Aspekt der Einwanderungs- und Integrationspolitik werden vor allem bei den Unionsparteien Forderungen nach kultureller Assimilation laut.

Die urbanen und jüngeren Kandidaten könnten zu Vorreitern eines Wandels in der Einwanderungs- und Integrationspolitik werden. Bei den kleinen Parteien FDP, Grüne und Linkspartei ist ein solcher Generationeneffekt feststellbar, nicht jedoch bei den Volksparteien SPD, CDU und CSU. Insofern bestätigt sich die Charakterisierung von Volksparteien als schwer manövrierte Tanker oder „ratlose Riesen“ (Wildenmann 1989).

Von Erstkandidaten gehen indes keine gerichteten Impulse aus. Obwohl sie im Durchschnitt 9,2 Jahre jünger als ihre etablierten Kollegen sind, greift der Alterseffekt hier zumindest in der Summe nicht. Andererseits bedeutet dies aber auch, dass etablierte und dennoch vergleichsweise junge Kandidaten und Abgeordnete offenere Haltungen zu Einwanderung und Multikulturalität aufweisen als Erstkandidaten. Insofern ist nicht auszuschließen, dass von Jungparlamentariern mit Blick auf den Themenkomplex Migration doch Impulse für ein Einwanderungskonzept ohne großen kulturellen Assimilationsdruck ausgehen werden.

Selbst im Lichte des normativen Postulats fallen die Ergebnisse alles in allem positiv aus. Nach Jahrzehntelanger „Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland“ (Bade 1992) sind die Einstellungen der Parlamentskandidaten zum Deutschen Bundestag mehr als ein Hinweis darauf, dass Einwanderung über das bestehende Maß hinaus geregelt werden sollte. Lediglich die Kandidaten der CSU sind mehrheitlich (61 %) skeptisch. Was von Einwanderern über die rein strukturelle Assimilation hinaus erwartet werden sollte, ist nicht nur weitaus strittiger, sondern spiegelt wohl auch den Wunsch wider, die kulturelle Identität Deutschlands zu bewahren. Dieser Wunsch ist mit Blick auf mitunter als Drohung wahrgenommene, wenn auch selten vorhandene Parallelgesellschaften nachvollziehbar (Halm/Sauer 2006). In anderen Republiken mit hohen Anteilen von Einwanderern und Minderheiten, wie den USA oder Frankreich, wird versucht, die Sprache und die dominante Kultur des Landes zu schützen.

Der Aufsatz stützt damit die Annahme, dass der politische Wettbewerb zumindest teilweise durch eine Art mono-multi-kulturelle Konfliktlinie strukturiert wird (Wüst 2005). Jenseits normativer Postulate ist es positiv zu bewerten, dass die Parteien und Kandidaten sich entlang dieser Konfliktlinie positionieren und den Wählern damit unterschiedliche programmatiche Angebote unterbreiten, zwischen denen sie sich dann am Wahltag entscheiden können (Thomassen 1994: 251). Diese Varianz ist auf anderen Politikfeldern, wie beispielsweise der Europapolitik (Binder/Wüst 2004), deutlich geringer. Ob die Mehrheit der Kandidaten mit ihren Haltungen allerdings der Treuhänderrolle gerecht wird, muss zumindest mit einem Fragezeichen versehen werden: Deutschland ist schon länger multiethnisch und die kulturelle Heterogenität wird aufgrund von Globalisierungsprozessen sowie fortdauernder bzw. erneuter Einwanderung nicht ab- sondern voraussichtlich zunehmen. Reduziert man die eigene Haltung nicht nur auf die Wahrnehmung der Folgen von einwanderungspolitischen Versäumnissen der Vergangenheit, sondern

auf die Perspektiven für Einwanderer in Gegenwart und Zukunft, dann erscheinen Forderungen nach einer kulturellen Angleichung der Einwanderer an die Mehrheitsgesellschaft anachronistisch. Weitgehend einig wären sich die Bundestagskandidaten – und wohl auch die Wähler – wahrscheinlich in der Hoffnung, dass es aufseiten der Einwanderer dennoch zu einem gewissen Grad an kultureller Anpassung kommt. Neben einer besseren Auswahl der Einwanderer sollten die grundsätzliche Offenheit und die kulturelle Attraktivität einer Gesellschaft hierfür förderlich sein: Wer von Anfang an das Gefühl vermittelt bekommt dazuzugehören, wird sich eher der Kultur des Einwanderungslandes öffnen (Leibold u. a. 2006: 17). Eine Mehrheit der Kandidaten war 2005 allerdings der Ansicht, dass Einwanderer verpflichtet werden sollten, sich der deutschen Kultur anzupassen. In Art. 3 GG heißt es: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Dieses Grundrecht gilt für alle Bürger, ob sie nun Minderheiten sind oder der Bevölkerungsmehrheit angehören.

Literatur

- Bade, Klaus J.*, 1992: Paradoxon Bundesrepublik: Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland, in: ders. (Hrsg.), *Migration in Geschichte und Gegenwart*, München, 393-401.
- Bielefeld, Uli* (Hrsg.), 1988: Inländische Ausländer. Zum gesellschaftlichen Bewußtsein türkischer Jugendlicher in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M.
- Binder, Tanja/Wüst, Andreas M.*, 2004: Inhalte der Europawahlprogramme deutscher Parteien 1979-1999, in: APuZ, B 17, 38-45.
- Bommes, Michael*, 2006: Integration durch Sprache als politisches Konzept, in: Ulrike Davy/Albrecht Weber (Hrsg.), *Paradigmenwechsel in Einwanderungsfragen?*, Baden-Baden, 59-86.
- Brubaker, William Rogers* (Hrsg.), 1989: *Immigration and the Politics of Citizenship in Europe and North America*, Lanham.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)*, 2008: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2007, Nürnberg.
- Bundesverband deutscher Banken* (Hrsg.), 2002: *Der Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb*, Berlin (Demoskopie 14).

- Butterwegge, Christoph*, 2003: Weltmarkt, Wohlfahrtsstaat und Zuwanderung, in: ders./Gudrun Hentges (Hrsg.), *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung*, Opladen (2. Aufl.), 53-91.
- Esaiasson, Peter/Holmberg, Sören*, 1996: *Representation From Above. Members of Parliament and Representative Democracy in Sweden*, Dartmouth.
- Esser; Hartmut*, 1980: *Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse*, Darmstadt/Neuwied.
- Esser; Hartmut*, 2006: *Sprache und Integration*, Frankfurt a. M.
- Flanagan, Scott C./Dalton, Russell J.*, 1990: *Models of Change*, in: Peter Mair (Hrsg.), *The West European Party System*, Oxford, 232-246.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V.*, 1999: *Landtagswahl in Hessen. Eine Analyse der Wahl vom 7. Februar 1999*, Mannheim (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim, 93).
- Freeman, Gary P.*, 2004: *Immigrant Incorporation in Western Democracies*, in: *International Migration Review* 38 (3), 945-969.
- Green, Simon*, 2004: *The Politics of Exclusion. Institutions and Immigration Policy in Contemporary Germany*, Manchester.
- Green, Simon*, 2005: *Between Ideology and Pragmatism: The Politics of Dual Nationality in Germany*, in: *International Migration Review* 39 (4), 921-52.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina*, 2006: *Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung*, in: APuZ, B 1-2, 18-24.
- Hammar, Tomas*, 1985: *European Immigration Policy. A Comparative Study*, New York.
- Hoffman, Lutz*, 1992: *Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat*, Köln.
- Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P.*, 2000: *Der Einfluß der Region auf Einstellungen zu Ausländern*, in: Richard Alba/Peter Schmidt/Martina Wasmer (Hrsg.), *Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde?*, Wiesbaden, 195-228.
- Hollifield, James F.*, 2000: *The Politics of International Migration. How Can We “Bring the State Back In”?*, in: Caroline B. Brettell/ders. (Hrsg.), *Migration Theory*, New York, 137-185.
- Inglehart, Ronald*, 1977: *The Silent Revolution*, Princeton.
- Joppke, Christian*, 1999: *Democracy and the Nation-State. The United States, Germany, and Great Britain*, Oxford.

- Joppke, Christian, 2005: Selecting by Origin. Ethnic Migration in the Liberal State, Cambridge, MA.*
- Kaufmann, Franz-Xaver, 2005: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Bonn.*
- Keim, Inken/Tracy, Rosemarie, 2006: Mehrsprachigkeit und Migration, in: Der Bürger im Staat 56 (4), 222-227.*
- Kitschelt, Herbert, 1988: Left-libertarian Parties. Explaining Innovation in Competitive Party Systems, in: World Politics 40 (2), 194-234.*
- Klauder, Wolfgang, 1992: Deutschland im Jahr 2030. Modellrechnungen und Visionen, in: Klaus J. Bade (Hrsg.), Migration in Geschichte und Gegenwart, München, 455-464.*
- Klingemann, Hans-Dieter/Hofferbert, Richard I./Budge, Ian, 1994: Parties, Policies, and Democracy, Boulder.*
- Koch, Achim/Wasmer, Martina, 2002: Ausländer als Bürger 2. Klasse? Einstellungen zur rechtlichen Gleichstellung von Ausländern, in: Richard Alba/Peter Schmidt/Martina Wasmer, (Hrsg.), Deutsche und Ausländer, Wiesbaden, 255-293.*
- Kriesi, Hanspeter/Lachat, Romain, 2004: Globalization and the transformation of the national political space: Switzerland and France compared. Zürich (CIS Working Paper 1).*
- Leggewie, Claus, 1989: Die Republikaner: Phantombild der Neuen Rechten, Berlin.*
- Leibold, Jürgen/Kühnel, Steffen/Heitmeyer, Wilhelm, 2006: Abschottung von Muslimen durch generalisierte Islamkritik?, in: APuZ, B 1-2, 3-17.*
- Mansbridge, Jane, 2003: Rethinking Representation, in: American Political Science Review 97 (4), 515-528.*
- Marks, Gary/Hooghe, Liesbet/Nelson, Moira/Edwards, Erica, 2006: Party Competition and European Integration in the East and West: Different Structure, Same Causality, in: Comparative Political Studies 39 (2), 155-175.*
- Meier-Braun, Karl-Heinz, 1980: „Gastarbeiter“ oder Einwanderer? Anmerkungen zur Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.*
- Meier-Braun, Karl-Heinz, 2002: Deutschland, Einwanderungsland, Frankfurt a. M.*
- Messina, Anthony, 2006: The Political Incorporation of Immigrants in Europe: Trends and Implications, in: ders./Gallya Lahav (Hrsg.), The Migration Reader, Boulder, 470-493.*
- Miller, Warren E./Stokes, Donald E., 1963: Constituency Influence in Congress, in: American Political Science Review 57, 45-56.*

- Oberdörfer, Dieter*, 1993: Der Wahn des Nationalen, Freiburg i. Br.
- OECD*, 2007: International Migration Outlook, Paris (SOPEMI 2007).
- Pappi, Franz U.*, 1977: Sozialstruktur. Gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, in: PVS 18, 195-228.
- Patzelt, Werner J.*, 1993: Abgeordnete und Repräsentation. Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit, Passau.
- Phillips, Anne*, 1995: The Politics of Presence. The Political Representation of Gender, Ethnicity, and Race, Oxford.
- Pitkin, Hanna F.*, 1967: The Concept of Representation, Berkeley.
- Schmitt, Hermann/Wüst, Andreas M.*, 2004: Direktkandidaten bei der Bundestagswahl 2002: Politische Agenda und Links-Rechts-Selbsteinstufung im Vergleich zu den Wählern, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2002, Wiesbaden, 303-325.
- Schönwälder, Karen*, 2006: Politikwandel in der (bundes-)deutschen Migrationspolitik, in: Ulrike Davy/Albrecht Weber (Hrsg.), Paradigmenwechsel in Einwanderungsfragen?, Baden-Baden, 8-22.
- Statistisches Bundesamt*, 2007: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden.
- Stokes, Donald*, 1992: Valence Politics, in: Dennis Kavanagh (Hrsg.), Electoral Politics, Oxford, 141-164.
- Straubhaar, Thomas*, 2006: Wirtschaftliche Folgen der Zuwanderung, in: Der Bürger im Staat 56 (4), 235-239.
- Taylor, Charles*, 1993: Die Politik der Anerkennung, in: Amy Gutmann (Hrsg.), Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt a. M., 13-78.
- Thomassen, Jacques*, 1994: Empirical Research into Political Representation: Failing Democracy or Failing Models?, in: M. Kent Jennings/Thomas E. Mann (Hrsg.), Elections at Home and Abroad, Ann Arbor, 237-264.
- Vogel, Dita/Wüst, Andreas M.*, 2003: Paradigmenwechsel ohne Instrumentenwechsel? Kontinuität und Wandel im Politikfeld Migration, in: Martin Seeleib-Kaiser/Antonia Gohr (Hrsg.), Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün, Wiesbaden, 265-286.
- Weizsäcker, Richard von*, 1995: Wer ist der Fremde? Unser Staatsangehörigkeitsrecht muß dringend reformiert werden, in: Die Zeit Nr. 11, S. 16.
- Weßels, Bernhard*, 1991: Abgeordnete und Bürger. Parteien und Wahlkreiskommunikation als Faktoren politischer Repräsentation, in: Hans-Dieter Klingemann/Richard Stöß/ders. (Hrsg.), Politische Klasse und politische

- Institutionen, Opladen, 325-356.
- Wildenmann, Rudolf*, 1989: Volksparteien: Ratlose Riesen?, Baden-Baden.
- Wüst, Andreas M.*, 1993: Right-wing Extremism in Germany, in: *Migration World* 2-3, 27-31.
- Wüst, Andreas M.*, 2005: Einstellungen von Parlamentskandidaten gegenüber Einwandererminoritäten in Deutschland und den Niederlanden, in: *ZParl* 36, 142-152.
- Wüst, Andreas M./Schmitt, Hermann*, 2007: Comparing the Views of Parties and Voters in the 1999 Election to the European Parliament, in: Wouter van der Brug/Cees van der Eijk (Hrsg.), *European Elections & Domestic Politics. Lessons from the past and scenarios for the future*, Notre Dame, 73-93.
- Wüst, Andreas M./Schmitt, Hermann/Gschwend, Thomas/Zittel, Thomas*, 2006: Candidates in the 2005 Bundestag Election: Mode of Candidacy, Campaigning and Issues, in: *German Politics* 15 (4), 420-438.
- Zittel, Thomas/Gschwend, Thomas*, 2007: Individualisierte Wahlkämpfe im Wahlkreis: Eine Analyse am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 2005, in: *PVS* 48, 293-321.

Korrespondenzanschrift:

Dr. Andreas M. Wüst
MZES
A 5, 6 (Gebäude A)
68159 Mannheim
E-Mail: Andreas.Wuest@mzes.uni-mannheim.de
Web: <http://www.awuest.de>